

## RESOLUTION Winterklausur 2023

Stand: 10.01.2023

# Lasten gerecht verteilen: So kann Steuerpolitik fairer werden!

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir seit langer Zeit ein einfaches, gerechtes und transparentes Steuersystem ohne vielfältige Ausnahmen. Es muss für die Bürgerinnen und Bürger deutlicher erkennbar sein, dass jede und jeder gleichberechtigt steuerpflichtig ist und was der tatsächliche Zweck einer Besteuerung ist. So soll eine neue Kultur des Staatsbürgertums entstehen.

Wir machen uns für eine vollständige Abschaffung der Erbschaftsteuer sowie der Schenkungsteuer stark. Es ist höchste Zeit, dass auch Deutschland seine Bürgerinnen und Bürger entlastet – nach dem Vorbild von Schweden und Österreich, die beide mit der Abschaffung der Erbschaftsteuer beste Erfahrungen gemacht haben. Erbschaft- sowie Schenkungsteuer sind ersatzlos zu streichen. Zudem ist uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wichtig, dass sich **mehr Menschen Wohneigentum leisten können und sich Arbeit lohnen muss**. Das ist das Gegenmodell zum Bürgergeld. **Auch die Umsatzsteuerregelungen müssen klarer und übersichtlicher ausgestaltet werden. Daneben muss der Freistaat die Finanzierungsinstrumente unserer Kommunen so anpassen, dass diese handlungsfähig bleiben.** Hierbei darf es nicht zu einer weiteren finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger kommen.

### I. Erbschaft- und Schenkungsteuer abschaffen

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir von der Bundesregierung die vollständige Abschaffung der Erbschaft- sowie der Schenkungsteuer, da diese insbesondere zuzugsstarke Bundesländer wie Bayern benachteiligt.

Die Erbschaftsteuer orientiert sich bei Grundstücken und Immobilien am Bodenrichtwert, welcher je nach Lage und Nutzbarkeit variiert. In der Folge müssen Erben in begehrten Regionen eine wesentlich höhere Steuerlast tragen. **Wir halten es daher für inakzeptabel, dass in Bayern dieselben Freibeträge gelten wie in anderen Bundesländern.**

Schon heute besitzen immer weniger Menschen in Deutschland eine eigengenutzte Wohnimmobilie, da überzogene Grundstücks- und Immobilienpreise, hohe Kaufnebenkosten sowie weiterhin hohe Baukosten den Kauf oder Bau eines Hauses zunehmend unerschwinglich machen. Die Erbschaftsteuer verschärft das Problem unnötig, weil Häuser wegen der hohen Zahlungen von Erben nicht gehalten werden können. Nicht selten geht die zu veräußernde Erbmasse an ausländische Investoren. Handelt es sich um Mehrfamilienhäuser, werden auch die Mieter zu Leidtragenden, da die Mieterhöhung meist nur eine Frage der Zeit ist. Dadurch gerät der ohnehin bereits sehr angespannte Wohnungsmarkt weiter unter Druck; sozialverträgliches Wohnen wird gefährdet. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir überzeugt: Wer sein Leben lang spart und für seinen Ruhestand vorsorgt, von dessen Lebensleistung darf nicht am Ende der Staat profitieren. Außerdem benachteiligt die Erbschaftsteuer all jene, die das Erbe fortführen wollen.** Häuser, die sich möglicherweise über Generationen im Familienbesitz befunden und zwei Weltkriege überstanden haben, wechseln zwangsweise den Besitzer – mit ungewissem Ausgang für die teils geschichtsträchtigen Objekte. **Darüber hinaus kann die Besteuerung von Unternehmensvermögen zu Liquiditätsengpässen und ineffizienten Investitionsentscheidungen führen.** Die Folge: Im schlimmsten Fall kann der Fortbestand des Unternehmens gefährdet sein.

Im Jahr 2020 haben die Finanzämter in Deutschland nur 8,5 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer eingenommen. **Angesichts der geringen Einnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuer und dem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand bei der Steuererhebung ist eine Abschaffung der Erbschaftsteuer naheliegend.** Zudem werden die verschiedenen Vermögensarten sehr unterschiedlich belastet: Während Superreiche dank umfassender Gestaltungsmöglichkeiten oft gar keine Steuern entrichten müssen, gibt es nicht begünstigte und kleinere Vermögen, die hohen Steuern unterliegen. Gesellschaftlich und ökonomisch betrachtet ist es viel nachhaltiger, dieses Vermögen in den Händen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

## **II. Wohnen und Immobilien attraktiver machen**

### **1. Klare Positionierung der Bayernkoalition bei der Grundsteuer C**

Wir haben uns gegen die Einführung der Grundsteuer C entschieden, weil wir weder für Kommunen noch für Grundstückseigentümer Vorteile erkennen können. **Mit dem wertunabhängigen Flächenmodell des Freistaats ist eine unbürokratische und**

**einfache Lösung gelungen.** Mit unserer Fraktion gibt es keine Grundsteuer C und damit auch keine „verdeckte“ Steuererhöhung.

## **2. Keine Grunderwerbssteuer beim erstmaligem Erwerb**

Die Wohneigentumsquote liegt in Bayern aktuell nur bei etwa 50 Prozent. Eine Steigerung ist auch als Maßnahme gegen Altersarmut enorm wichtig. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass der erstmalige Erwerb von Grundstücken mit einer bestehenden oder zu errichtenden Wohnimmobilie zum Selbstbezug von der Grunderwerbsteuer befreit wird.**

## **3. Wohnraumförderprogramm und finanzielle Entlastung bei Selbstnutzung**

Um die Wohneigentumsquote zu erhöhen, ist eine finanzielle Entlastung der privaten Käuferinnen und Käufer im Falle der Selbstnutzung immens wichtig. **Als FREIE WÄHLER-Fraktion machen wir uns deshalb für die Wiedereinführung der Möglichkeit stark, auch für eine selbst genutzte Wohnimmobilie Abschreibungen steuerlich geltend machen zu können, denn so wird die Finanzierung von Wohneigentum erleichtert.**

**Als Förderprogramm soll es eine Wohnraummilliarde für Ersteigentümerinnen und Ersteigentümer geben.**

## **4. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten beim Wohnungsbau**

Insbesondere in den Ballungsgebieten herrscht ein erheblicher Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. **Um deren verstärkte Errichtung auch in Zeiten stark steigender Finanzierungskosten zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass die Abschreibung zukünftig nicht mehr linear, sondern degressiv erfolgt.**

## **5. Steuerfreie Entnahme bei Mietwohnungsbau**

Wir fordern, dass eine **steuerfreie Entnahme von Grundstücken aus dem landwirtschaftlichen Betriebsvermögen** möglich sein soll, wenn Eigentümer **auf dem entnommenen Grundstück Mietwohnungen errichten.**

### III. Arbeit muss sich lohnen

Neben dem Abbau der kalten Progression sowie einer weitergehenden Erhöhung der Pendlerpauschale fordern wir zudem, dass der Steuerfreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer massiv erhöht wird - nämlich auf 2.000 Euro pro Monat, also 24.000 Euro pro Jahr! All diejenigen, die morgens aufstehen und die Gesellschaft tragen, müssen das auch finanziell deutlich spüren! Leider verschärften die Bürgergeld-Experimente der Bundesregierung den Trend in eine andere Richtung.

### IV. Umsatzsteuer dauerhaft vereinfachen und absenken

#### 1. Steuerliche Entlastung für Sportvereine und kurtouristische Einrichtungen

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass Leistungen von Sportvereinen mit klassisch ehrenamtlicher Fokussierung in der rechtlichen Ausgestaltung berücksichtigt werden und umsatzsteuerfrei sind. Gleichmaßen haben wir uns für kurtouristische Einrichtungen stark gemacht: Beeinträchtigungen der kommunalen Investitionstätigkeit, ein Qualitätsverlust bei der medizinisch-therapeutischen Versorgung der Gäste und ein Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der Orte sind unbedingt abzuwenden.

#### 2. Umsatzsteuersenkung

Wir setzen uns für die dauerhafte Beibehaltung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie ein. Die Verlängerung der Absenkung auf sieben Prozent bis Ende 2023 begrüßen wir, diese kann aber nur ein erster Schritt sein. Eine Entfristung der Regelung schafft langfristige Planbarkeit und Investitionssicherheit in der Gastronomie. Außerdem fordern wir den reduzierten Umsatzsteuersatz auch auf Getränke in der Gastronomie auszuweiten, um eine einheitliche Besteuerung in diesem wichtigen Wirtschaftszweig zu gewährleisten.

Ferner fordern wir eine Steuersenkung auf sieben Prozent bei Arzneimitteln sowie Heil- und Hilfsmitteln.

Darüber hinaus soll die Besteuerung von Lebensmitteln generell sowie von Babybedarf und Babynahrung im Besonderen dauerhaft auf sieben Prozent gesenkt werden.

### 3. Bürokratischen Aufwand reduzieren

Außerdem wollen wir insbesondere kleinen und mittleren landwirtschaftliche Betrieben weiterhin Planungssicherheit geben. **Dazu muss auch der bürokratische Aufwand im steuerlichen Bereich reduziert werden.**

### 4. Steuerliche Benachteiligung des Fernbuslinienverkehrs beenden

**Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns für die gleichberechtigte Behandlung verschiedener klimafreundlicher Fernreisearten ein.** Für Tickets des Schienenverkehrs wird ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent erhoben, während der Umsatzsteuersatz für Tickets des Fernbusverkehrs 19 Prozent beträgt. Wir fordern diese Ungleichbehandlung zu beenden.

### 5. Reduzierten Umsatzsteuersatz auf Erdgas-, Fernwärme- und Strombezug anwenden

Wir haben uns erfolgreich beim Bund für die Anwendung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Erdgas- und Fernwärmebezug eingesetzt, um die Folgen der aktuellen Energiekrise für Verbraucherinnen und Verbraucher abzufedern. **Zusätzlich fordern wir den Bund weiter auf, die Umsatzsteuer auf Strom zu senken.**

## V. Energiesteuer absenken

**Wir fordern die Absenkung der Strom- und Erdgassteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestmaß.** Auch eine **Absenkung der Energiesteuersätze auf Heizöl** ist dringend geboten.

## VI. Kommunale Abgaben

### 1. Mehr Handlungsspielräume für Kommunen

Die über 2.000 Kommunen in Bayern sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Lebens. An ihnen bemisst sich, ob Bayern lebenswert ist und bleibt. In den letzten Jahrzehnten ist eine immense Fülle an zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen übertragen worden. Hinzu kommen gestiegene Anforderungen an die Umsetzung dieser Aufgaben. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns daher dafür stark gemacht, unseren Kommunen den Handlungsspielraum zu verschaffen, den sie benötigen, um vor Ort zu angemessenen Ergebnissen zu kommen.**

**Gleichzeitig setzen wir uns in der Regierungskoalition dafür ein, dass die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen erhalten bleiben.** Hierin liegt eine besondere Verantwortung des Freistaates. Dies gilt umso mehr, je mehr Aufgaben die Kommunen wahrnehmen müssen.

## **2. Kommunen nicht im Stich lassen**

Deutschland und Bayern steht eine Zeitenwende bevor: Der öffentliche Personennahverkehr, die Energieversorgung und das deutsche Sozialsystem müssen neu gedacht werden. Hierbei dürfen unsere Kommunen nicht alleingelassen werden. Gleichzeitig dürfen die zum Teil längst überfälligen Anpassungen nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger führen. **Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion machen uns dafür stark, dass die Menschen nicht für Versäumnisse der Bundes- und Landespolitik der letzten Legislaturperioden bezahlen müssen.** Wir fordern eine verträgliche und gleichzeitig effektive Umsetzung der gesetzten Ziele. Wir sind gegen die in der ÖPNV-Strategie des Bauministeriums vorgesehenen sogenannten „Nutznießer-Finanzierungen“ als ÖPNV-Beitrag aller betroffenen Anlieger.

## RESOLUTION WINTERKLAUSUR 2023

Stand: 12.01.2023

# Zwischen Corona, Blackout und Krieg in Europa – Bayern krisenfest machen!

## Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit im Fokus

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen uns angesichts der geballten Herausforderungen, welche von den Folgen der Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Klimawandel ausgehen, intensiv mit der Krisenfestigkeit Bayerns auseinander. Sowohl die bayerischen Unternehmen, die Landwirtschaft, als auch die Hilfs- und Rettungsorganisationen stecken in einer Belastungssituation, wie sie vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien.

### I. Aktueller Handlungsbedarf – Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit

**Um eine sichere Versorgung unserer Bevölkerung zu gewährleisten, setzen wir uns für eine deutliche Stärkung möglichst regionaler Wirtschaftskreisläufe ein.** Wo immer dies nicht möglich ist, z.B. weil bestimmte Rohstoffe bei uns nicht vorhanden sind, setzen wir auf eine Diversifizierung von Beschaffungsquellen. **Insbesondere müssen einseitige Abhängigkeiten von Ländern, die nicht unser demokratisches Wertesystem teilen, zukünftig konsequent vermieden werden.** Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe trägt auch langfristig dazu bei, das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu realisieren. **Dies erfordert aber eine flächendeckende Verfügbarkeit gut qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.** Denn der immer stärker werdende Fachkräftemangel gefährdet die Arbeitsfähigkeit unserer Betriebe und trägt damit in erheblichem Maß zur Verknappung von Produktionskapazitäten bei. Dies führt in der Folge auch zu steigenden Preisen.

#### A. Unsere Maßnahmen in Bayern

Wir haben den Handlungsbedarf erkannt und deshalb in zahlreichen Bereichen umfangreiche und schlagkräftige Maßnahmen ergriffen:

## 1. Nachwuchsgewinnung sowie Aus- und Weiterbildung für das Bayerische Handwerk:

- Hochmoderne **überbetriebliche Bildungsstätten** in Trägerschaft der regionalen Handwerksorganisationen: Ziel ist die Ausbildung mit modernen digitalen Verfahren und Technologien.
- Stärkung der **überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung**: Hierdurch sollen alle Auszubildenden unabhängig von einer etwaigen fachlichen Spezialisierung des Ausbildungsbetriebes bzw. dessen Betriebsgröße auf modernstem technologischem Niveau ausgebildet werden. Wir setzen uns dafür ein, durch Fördermaßnahmen des Landes zusammen mit der Bundesförderung die Kosten für Ausbildungsbetriebe möglichst gering zu halten.
- Fortführung des **Bayerischen Meisterbonus** als klares Zeichen für den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung und um den beruflichen Bildungsweg einer akademischen Ausbildung in ihrer Wertigkeit gleichzusetzen.
- **Zusammenarbeit von Handwerkskammern und Hochschulen stärken**: Neben der Umsetzung der High-Tech-Agenda Maßnahme „offene Hochschule“ unterstützen wir Neuerungen im Rahmen des Hochschulinnovationsgesetzes (HIG).
- **Stärkung der Berufsorientierung** durch den „Tag des Handwerks“ an weiterführenden Schulen in Bayern sowie stärkere Betonung der Berufsorientierung als schulartübergreifenden Auftrag und Aufgabe der Schulen im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen.

## 2. Umstellung der Energieversorgung auf „Heimatenergien“ für mehr Eigenversorgung und damit Unabhängigkeit von Energieimporten:

- Die von uns lange geforderte **Reform der 10H-Abstandsregelung** für Windkraftanlagen wurde umgesetzt.
- **Stärkung der Planungs- und Genehmigungsbehörden** sowohl für den im Zuge der Energiewende notwendigen Ausbau des Stromleitungsnetzes als auch für neue Erneuerbare-Energien-Anlagen.
- **Beschleunigung des Netzanschlusses** von neuen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien – wie durch die Initiative „Verteilnetz und erneuerbare



Energien Bayern“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie angestoßen.

- **Erhalt der EEG-Förderung** für die **kleine Wasserkraft**.
  - Die Stärkere **Nutzung der Geothermie** haben wir mit einem Masterplan Geothermie, dem Geothermie-Atlas und der Geothermie-Allianz Bayern vorangebracht. Mit der Koordinationsstelle Tiefengeothermie und der Unterstützung von FuE-Projekten zur Geothermie treiben wir die Erschließung unseres großen Geothermie-Potentials in Bayern weiter voran.
  - Stärkere Beteiligung des Freistaats an der Infrastruktur zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen.
3. Bayerische Härtefallhilfen zur Abfederung der Auswirkungen extrem gestiegener Energiekosten als passgenaue Ergänzungen der bundesweiten Maßnahmen, um gezielt Lücken der Bundesförderung zu schließen.
4. **Technologie-Offensiven:**
- **Verstetigung der Förderung durch „Handwerk Innovativ“:** Durch Kooperation von Handwerksbetrieben und Forschungseinrichtungen sollen weiterhin systematisch FuE-Prozesse für das Handwerk umgesetzt werden.
  - **Bayerische Wasserstoffstrategie:** Vernetzung aller Akteure im Zentrum Wasserstoff.Bayern H2.B, Förderung von Infrastruktur (Wasserstoff-Tankstellen und Aufbau der Wasserstoffherzeugung durch etwa 50 Elektrolyseure verteilt über ganz Bayern). Wasserstoff-Kooperationen mit anderen Staaten und dem Ziel, möglichst schnell grünen Wasserstoff über Pipelines zu importieren sowie Unterstützung von FuE-Projekten zur Nutzung von wasserstoffbasierten Technologien durch das Bayerische Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.
  - **Bayerisches Halbleiterbündnis:** Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen werden hier sowohl das Knowhow im Bereich Chip-Design ausgebaut, als auch die heimische Produktion wichtiger Bausteine für die Hightech-Industrie gestärkt.

## **B. Unsere Forderungen für eine maximale Versorgungssicherheit**

**Auch der Bund steht in der Pflicht, die in seiner Zuständigkeit notwendigen Maßnahmen zu ergreifen**, um die bezahlbare Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch unserer Unternehmen, insbesondere in diesem und im kommenden Winter sicherzustellen. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir für eine maximale Versorgungssicherheit:**

- 1. Ideologiefreie Bewertung einer übergangsweisen Nutzung von Kernkraftwerken** bis Ende der Heizsaison 2024 zur Substitution von Gas bei der Stromerzeugung und als Beitrag zur Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit.
- 2. Nationale Energiereserve** ausbauen, indem die Erdgas- und Kohlebevorratung konsequent betrieben wird.
- 3. Heimatenergien: Unser Ziel ist mehr Versorgung aus erneuerbaren, dezentralen und heimischen Energiequellen unter konsequenter Einbindung der Bevölkerung** durch Förderung von Erneuerbare-Energien-Anlagen aller Größenordnungen. Dabei setzen wir auf einen technologieoffenen Mix aller regenerativen Energieträger. Nur mit einem intelligenten Energiemix können wir unsere Abhängigkeit von internationalen Energiemärkten substantiell abbauen. Neben dem Ausbau der Energiegewinnung aus Wind und Sonne setzen wir auch weiterhin auf die Wasserkraft, den Ausbau der Geothermie, Biomasse/-gas inklusive nachhaltig gewonnenem Waldholz und Wasserstoff aus nachhaltigen Quellen. Deren Nutzung treiben wir insbesondere durch unseren Einsatz für
  - Bürokratieabbau,
  - die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Biomasse/-gas-Anlagen,
  - die bundesweite Förderung von PV-Speicher-Anlagen,
  - die uneingeschränkte Nutzbarkeit von nachhaltig erzeugtem Waldholz zur Energiegewinnung,
  - die Stärkung der Beteiligung von Bürgern und Kommunen an neuen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und
  - dem Ausbau der Versorgungsnetze für Strom und Wärmevoran.

Langfristig hat für uns auch die Fusionstechnologie das Potenzial eine nutzbare und klimaneutrale Heimatenergie zu werden. Der hierfür notwendige Wasserstoff steht bei uns nahezu unbegrenzt zur Verfügung. Auch wenn sich die notwendigen Technologien aktuell noch im Stadium der Grundlagenforschung befinden, so stimmen

uns die Forschungserfolge doch zuversichtlich, dass die Fusionstechnologie langfristig eine grundlastfähige und bezahlbare Ergänzung zu den anderen Quellen unserer Heimatenergie werden kann. Daher wollen wir deren Erforschung weiter unterstützen.

4. **Stärkung der Energieeffizienz** in allen Bereichen. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen, die den Einsatz moderner Technologien sowohl in Unternehmen als auch in privaten Haushalten voranbringen. So haben wir uns für eine Förderung der Umrüstung von technologisch veralteten Nachtspeicheröfen auf moderne Heizungsanlagen im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude eingesetzt.
5. Weitere Förderung der Entwicklung und Verbreitung **intelligenter Mess- und Steuerungstechniken** zur Flexibilisierung des Strombezugs, insbesondere durch Smart Meter Gateways und eine stärkere Digitalisierung der Stromnetze. Unser Ziel ist ein intelligentes Stromnetz auf modernstem Stand, auch um die vorhandene Infrastruktur optimal zu nutzen.
6. Weitere Förderung der Entwicklung und Produktion von lebensnotwendigen Arzneimitteln, einschließlich deren Rohstoffen, im Europäischen Wirtschaftsraum auch durch IPCEI-Maßnahmen. Dies umfasst auch eine Reform der Rabattverträge der gesetzlichen Krankenkassen.
7. Konsequente Bevorratung von lebensnotwendigen Arzneimitteln über unsere dezentrale Apothekenstruktur.
8. **Keine überzogenen Belastungen für die Landwirtschaft, die diese in der Produktion und Produktivität einschränken:** Aussetzung von verpflichtenden Flächenstilllegungen und Fruchtwechselregelungen auch über 2023 hinaus, Nachjustierung der Farm to Fork-Strategie und deren Ergänzung, um das Ziel der Ernährungssicherheit um Abhängigkeiten von Agrarimporten zu reduzieren. Zielgerechter Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sowie einzelbetriebliche Ausnahmen bei der Düngung in roten Gebieten.
9. Stärkere Maßnahmen gegen das Höfesterben und den dramatischen Rückgang der tierhaltenden Betriebe. Hierzu gehört auch die Gewährleistung einer langfristigen Planungssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe.
10. Weitergehende Kostenfreistellung der Weiterbildung im Handwerk durch Bund und Land.

### C. Unsere Forderungen an Bund und EU für eine bezahlbare Versorgung

Im Zuge der Sicherstellung einer **bezahlbaren Versorgung** begrüßen wir die schon lange von uns geforderte und zum 1. Juli 2022 umgesetzte Abschaffung der EEG-Umlage durch den Bund. Dies war ein erster, wichtiger Schritt, damit Strom bezahlbar bleibt. Weitere müssen noch folgen. **Der Bund steht in der Pflicht, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um Unternehmen und Bürger zu entlasten sowie Investitionssicherheit zu schaffen:**

1. Substanzielle **Absenkung der Energiesteuersätze auf Heizöl.**
2. Anwendung eines **ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Elektrizität, Senkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß.
3. Temporäre **Aussetzung der nationalen CO2-Bepreisung** sowie die Einführung eines **Europäischen Industriestrompreises.**
4. Unverzüglich **regulatorische Rahmenbedingungen** für Wasserstoff-Spitzenlastkraftwerke und **Aufbau einer Wasserstoff-Pipeline-Infrastruktur** auf Bundes- und EU-Ebene schaffen.
5. Unverzügliche Umsetzung einer Bundesförderung für wasserstoffbetriebene LKWs.
6. Bundesweit **einheitliche Regeln für die stärkere Beteiligung** von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort an neu zu errichtenden Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien.
7. Bundesweit einheitliche und verlässliche Rahmenbedingungen für einen **strategisch vorausschauenden Verteilnetzausbau**, mit dem Ziel eines schnellen und mit den kommunalen Zubauplänen für Erneuerbare-Energien-Anlagen abgestimmten Ausbaus der Verteilnetze.
8. **Beschleunigung der Genehmigungsverfahren** für Netzausbau und -anschluss von neuen Anlagen durch bundesweit einheitliche Standards.
9. Weitere **Flexibilisierung der Strompreise**, um Verbraucher für markt- und netzdienliches Verbraucherverhalten zu belohnen, z.B. beim Laden von Elektrofahrzeugen.
10. **Stärkung der kartellrechtlichen Möglichkeiten** und deren Durchsetzung im Bereich der Energiepreise.

11. Klare und frühzeitige Planungssicherheit für weitere Maßnahmen nach Auslaufen der aktuell beschlossenen Strom- und Gaspreisbremsen.

12. Das **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) weiterentwickeln**, sodass die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes durch Fortbildungskosten und Prüfungsgebühren nicht weiter beeinträchtigt, die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt nicht eingeschränkt und das Maß an erreichbarer individueller Freiheit innerhalb des Systems der beruflichen Bildung nicht unnötig begrenzt wird.

#### **D. Perspektive – Offenheit für neuartige Technologien.**

Um die Energie-, Wärme- und Verkehrswende hin zu einer nachhaltigen, klimaneutralen und trotzdem bezahlbaren Versorgung der Bevölkerung dauerhaft zu meistern, ist es notwendig, **langfristig auch neuartige Technologien, die sich aktuell noch im Stadium der Grundlagenforschung befinden, konsequent und ideologiefrei zu fördern**. Dies umfasst auch **innovative Speichertechnologien** für Strom und Wärme, welche die Fluktuation der Stromerzeugung aus den erneuerbaren Energiequellen Wind und Sonne ausgleichen können. Wir stehen zur weiteren Erforschung der **Fusionstechnologie**. Denn diese bietet eine langfristige Option auf umweltfreundliche und nahezu unbegrenzte Energieerzeugung.

#### **E. Öffnung der Entwicklung auch für regionale Lösungen.**

**Die regionale Sicherung der benötigten Energieversorgung kann nur unter Einbeziehung der bayerischen Kommunen erfolgversprechend funktionieren.** Bayerns mehr als 2.000 Kommunen sind das Rückgrat für die Lebensqualität und die Versorgung Bayerns. In ihnen können angemessene, auf die örtlichen Bedürfnisse angepasste Lösungen für Krisen gefunden werden. Hierfür brauchen sie entsprechende Handlungsspielräume und Hilfestellungen. Gleichzeitig dürfen unsere Kommunen nicht überfordert werden. **Es ist Aufgabe des Freistaates, ihnen neben den rechtlichen Grundlagen auch tatsächliche Hilfen an die Hand zu geben.**

#### **F. Ausgewogen und regional – Ernährungsvielfalt bewahren!**

Aktuell wird die Debatte um Ernährung von einer vegetarischen und veganen Minderheit dominiert, die der Mehrheitsgesellschaft vorpredigt, fleischhaltige Produkte seien moralisch und ethisch nicht mehr vertretbar. Wir sind jedoch der Meinung, dass zu einer ausgewogenen Ernährung auch tierische Eiweiße aus heimischer Produktion gehören.

Zu der Versorgungssicherheit gehört auch die regionale Versorgung mit Lebensmitteln. Daher bekennen wir uns zu unseren heimischen Tierhaltern, die regionale Lebensmittel produziert und durch regionale Kreisläufe dazu beiträgt, die Autarkie Bayerns in puncto Nahrungsmittelproduktion zu erhalten. Die Entwicklung zeigt, dass der Abbau der heimischen Produktion tierischer Nahrungsmittel zunehmend von anderen europäischen und internationalen Produzenten übernommen wird, um den deutschen Markt zu beliefern.

Dabei sehen wir konventionelle und biologische Landwirtschaft als zwei Seiten einer Medaille. Die Entscheidung, welche Produkte der Kunde kaufen möchte, muss ihm überlassen werden. Durch eine transparente Kennzeichnung muss der Kunde auch über die Herkunft des Fleisches informiert werden.

Um das Verständnis über die Mechanismen der Landwirtschaft und der nachgeordneten Lebensmittelproduktion besser zu verstehen, haben wir uns für den Ausbau der „Alltagskompetenz“ eingesetzt. Unter Beteiligung der Landwirtschaft muss diese Kenntnisvermittlung noch weiter ausgebaut werden, um junge Menschen wieder stärker für landwirtschaftliche Themen zu begeistern und ihnen landwirtschaftliche Wirtschaftsweisen wieder näher zu bringen.

## RESOLUTION Winterklausur 2023

Stand: 10.01.2023

# Bayern – Land des Ehrenamtes

Bayern ist ein „Mitmach-Land“ – mit knapp 41 Prozent engagiert sich fast jeder Zweite über 14 Jahre ehrenamtlich. Bürgerschaftliches Engagement hat eine große Bedeutung für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für die Stärkung demokratischer Werte und Haltungen. Das Ehrenamt ist unerlässlich für individuelle Teilhabe, gesellschaftliche Integration, Wohlstand, das kulturelle Leben, stabile demokratische Strukturen und soziale Bindungen.

Seit einigen Jahren herrscht jedoch für das Ehrenamt ein Dauer-Krisenmodus. Zunächst die Flüchtlingskrise, danach Corona-Pandemie, dann der Ukraine-Krieg mit erneuter Fluchtwelle und jetzt die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten – in allen Krisen waren und sind es zu einem gewichtigen Teil freiwillig Engagierte, auf die stets Verlass ist. Bürgerschaftliches Engagement ist wichtig für die Zukunft unserer sozialen Netze und sollte daher in allen Kernbereichen unseres Gemeinwesens ganz selbstverständlich präsent sein. **In Zeiten sich häufender und zuspitzender Krisen (z.B. Klima, Corona, Krieg, Flucht, Inflation, Lieferengpässe, Gas- oder Energieknappheit) sowie im Hinblick auf die Auswirkungen von Krisenzeiten auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir deshalb als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit zielgerichteten Anreizen gemeinnützige Tätigkeiten fortwährend durch angemessene Maßnahmen fördern und das Ehrenamt krisenfest und zukunftsorientiert aufstellen.**

## I. Finanzielle Unterstützung in Krisenzeiten

### 1. Beistandsoffensive für gemeinnützige Vereine und Organisationen

Explodierende Energiekosten, hohe Spritpreise, steigende Lebensmittelpreise – es gibt kaum einen Lebensbereich, in dem die Preise gegenwärtig nicht ansteigen. Die pandemiebedingten Lieferengpässe bei hoher Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen nach den Corona-Lockdowns haben bereits zu erhöhten Preisen geführt. Dazu kamen schon vor dem Krieg in der Ukraine gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat wegen seiner Brutalität weltweit Entsetzen und Fassungslosigkeit hervorgerufen und die Inflations Sorgen insbesondere aufgrund des verknappten Energieangebots verschärft.

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

**Auf Initiative unserer Bayerischen Ehrenamtsbeauftragten wurde im November 2022 eine Beistandsoffensive für gemeinnützige Vereine und Organisationen im Rahmen der Energiepreiskrise angestoßen.** Die Inflation hat sich in Deutschland im Dezember 2022 zwar leicht abgeschwächt, eine durchgreifende Entspannung und ein Ende der hohen Inflation ist vorerst jedoch nicht in Sicht. Wie bereits in den vergangenen Monaten bleiben die Preise für Energie und Nahrungsmittel besonders hoch. Im Dezember 2022 verteuerten sich die Energiepreise um 24,4 Prozent und Nahrungsmittel um 20,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Entwicklung könnte sich bis in das Frühjahr 2023 fortsetzen, da mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist. Aufgrund der drastisch gestiegenen Energiekosten stehen insbesondere gemeinnützige Vereine und Organisationen nach Ausbruch der Corona-Pandemie erneut vor großen Herausforderungen. Das Gemeinnützigkeitsrecht erschwert grundsätzlich die Bildung von Rücklagen, sodass insbesondere gemeinnützige Vereine und Organisationen in Krisenzeiten verhältnismäßig schnell in finanzielle Schieflage geraten können. Der für die Gesellschaft gerade in Krisensituationen wertvolle Einsatz von ehrenamtlich tätigen Vereinen und Organisationen sollte daher nicht aufgrund steigender Energiekosten eingeschränkt werden. **Aus diesem Grund wollen wir gemeinnützige Vereine und Organisationen für ihren Dienst an der Allgemeinheit im Rahmen der gegenwärtigen Energiepreiskrise umfassend und angemessen finanziell unterstützen.**

## **2. Vereinspauschale im Sportbereich**

Darüber hinaus stellt vor allem die Arbeit der Sportvereine einen wesentlichen und wertvollen Beitrag für die Attraktivität und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern dar. Nach Angaben des Bayerischen Landessportverbandes war in den vergangenen Jahren, unter anderem aufgrund der pandemiebedingten Lockdownmaßnahmen im Vereinssport, eine rückläufige Tendenz bei den bayerischen Sportverbänden und deren Mitgliedern zu verzeichnen – insbesondere im Kinder- und Jugendbereich. Vor allem die Vereinspauschale ist für das Fortbestehen bayerischer Vereine gegenwärtig wichtiger denn je.

**Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns dafür starkgemacht, dass die Vereinspauschale, ohne bürokratischen Mehraufwand und zeitraubende Prüfungen, für das kommende Jahr 2023 von 20 auf 40 Millionen Euro erhöht wird – eine kraftvolle Unterstützung für Bayerns Sport- und Schützenvereine!**

Ziel jeglicher Unterstützung durch den Freistaat muss es sein, Vereine, die eine zentrale Funktion für das Funktionieren unserer Gesellschaft innehaben, vor einer Existenzgefährdung zu bewahren. Die Vereinspauschale wird jedes Jahr unter Beachtung



der Sportförderrichtlinien des Freistaats zur Unterstützung des Sportbetriebs an Vereine ausbezahlt. Die Höhe wird dabei anhand sogenannter Mitgliedereinheiten ermittelt. Mitgliedschaften von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Übungsleiterlizenzen werden besonders stark gewichtet. Bayerns einzigartige Vereinsstruktur ist das Rückgrat unserer ehrenamtlich geprägten Gesellschaft und ein wesentliches Merkmal generationenübergreifenden Zusammenhalts. **Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine flexible Ausgestaltung und unbürokratische Anpassung der Vereinspauschale in Krisenzeiten im Rahmen der Sportförderrichtlinien ein.** Gerade die Einrichtungen und Angebote des Sports tragen die Voraussetzungen in sich, die psychosoziale Stabilität und gesundheitliche Widerstandsfähigkeit sowie sozialen Zusammenhalt und Zufriedenheit in der Bevölkerung zu stärken. Dies wurde in der Zeit coronabedingter Einschränkungen besonders deutlich. Damit dies auch in Zukunft möglich ist, müssen geeignete Einrichtungen vorhanden und in Betrieb sein. Durch den Mitgliederrückgang, die aktuelle Energiekrise und hohe Inflationsraten treten neue Herausforderungen für die Betreiber von Sporteinrichtungen in den Vordergrund. Der finanzielle Bedarf ist daher im Vergleich zu den letzten Jahren weiter gestiegen. **Eine adäquate finanzielle Unterstützung der Sportvereine ist ebenso unerlässlich wie die finanzielle Unterstützung der Kommunen in diesem Bereich, um Bayern flächendeckend lebenswert zu erhalten.**

### 3. Tafeln am Limit

Die Inflation und steigende Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges wirken sich auch auf die Tafeln aus. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat sich die Zahl der Kundinnen und Kunden der 174 Tafeln in Bayern deutlich erhöht. Außerdem bringen eine rasant steigende Nachfrage und weniger Lebensmittelspenden viele Tafeln in Bayern an ihre Grenzen. Die Lebensmittelspenden der Tafeln stellen dabei nur eine ergänzende Hilfe dar und decken nicht den wöchentlichen Lebensmittelbedarf der Betroffenen. Tafeln können grundsätzlich nur das weiterreichen, was sie selbst gespendet bekommen. Durch die gestiegenen Sprit- und Energiepreise wird von den Läden allgemein weniger eingekauft, sodass weniger Lebensmittel für die Tafeln übrigbleiben. Unterdessen sind sowohl die Fahrten zu Spendern als auch der Strom, beispielsweise für Beleuchtung oder Kühlräume, für den Tafel-Betrieb zwingend nötig. Zu den neuen Kundinnen und Kunden zählen einerseits Geflüchtete aus der Ukraine, andererseits vor allem Erwerbslose oder Erwerbstätige mit geringem Einkommen. Zudem sind immer häufiger Kinder und Jugendliche von Armut bedroht sowie Seniorinnen und Senioren mit niedrigen Renten. Dies umfasst meist Menschen, die vorher gerade so über die Runden gekommen sind und sich nun die hohen Preise für Lebensmittel, Sprit und Energie nicht mehr leisten können. Für die rund 7.000 – zum Großteil Menschen im

Rentenalter – ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Bayern stellt die Situation eine große Belastung dar. Insgesamt ist nicht nur die körperliche Arbeit für die Helferinnen und Helfer sehr anstrengend, sondern auch die psychische Belastung.

**Diesem kräftezehrenden bürgerschaftlichen Engagement im Rahmen der Krisenbewältigung (Energiepreise, Inflation, Ukraine-Krieg) gebührt an dieser Stelle unser außerordentlicher Dank.** Tafeln tun ihr Bestes, um Menschen in Not schnell und unkompliziert mit Lebensmitteln zu unterstützen. **Vor diesem Hintergrund möchten wir Flüchtlinge in die Arbeit der Tafeln vor Ort einbinden.** Die Tafeln können so zum einen personell entlastet werden. Zum anderen fördert das bürgerschaftliche Engagement die Integration.

Darüber hinaus sind die Tafeln in Bayern auf zusätzliche Spenden angewiesen. Tafeln dürfen grundsätzlich keine Lebensmittel zukaufen. Durch immer mehr Abholer und immer weniger Lebensmittelspenden hat sich die Situation für die Tafeln erheblich erschwert. Solange der Ukraine-Krieg andauert, ist jedoch keine Entspannung der Situation in Sicht. **Für uns FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es daher wichtig, dass die Förderung der außerordentlich wertvollen Arbeit der Tafeln im Freistaat in diesem Jahr substantziell und bedarfsorientiert um zwei Millionen Euro erhöht wird.** Gleichzeitig soll eine zeitweise Erlaubnis zum Zukauf von Lebensmitteln weiterhin dazu beitragen, dass die gestiegene Nachfrage gedeckt werden kann.

## **II. Weniger Bürokratie, mehr Unterstützung – Ehrenamt einfacher und attraktiver machen**

### **1. Erleichterungen für die Nutzung von Musik bei gemeinnützigen, ehrenamtlichen Veranstaltungen in Bayern schaffen**

Soziales und ehrenamtliches Engagement verdient Respekt und Anerkennung und ist wichtig für eine lebenswerte Gesellschaft. Wertschätzung und Anerkennung verdienen auch Komponisten und Textdichter, deren Musik unser Leben und unsere Kultur bereichert. Eine Gesellschaft, die ihre kulturelle Vielfalt erhalten und pflegen will, muss die schöpferische Arbeit der Kreativen honorieren, sobald ihre Werke öffentlich genutzt werden. Die Aufgabe der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) ist es, die kreative Leistung und das geistige Eigentum von Künstlerinnen und Künstlern bzw. Musikerinnen und Musikern zu schützen und den Wert des schöpferischen Musikschaffens für die Gesellschaft und die kulturelle Vielfalt zu erhalten. **Auf unseren Vorschlag wurden Gespräche mit der GEMA geführt, um auszuloten, welche Initiativen im Hinblick auf Erleichterungen für**

**nicht-kommerzielle Veranstaltungen von ehrenamtlichen Vereinen und Organisationen möglich sind.** Neben dem freiwilligen Einsatz im Katastrophenschutz, im Sport oder in der Integrationsarbeit sind es vor allem die zahlreichen Vereinsfeste und Veranstaltungen, die unserem Bayern ein soziales und buntes Gesicht geben. Der Grundsatz „Leben und leben lassen“ wird hier in besonderer Art und Weise mit Leben gefüllt. Die ehrenamtlichen Veranstaltungen, z.B. von Burschen-, Musik- und Trachtenvereinen, Chören, Feuerwehren, den hiesigen Sportvereinen, Wohltätigkeits- und Umweltorganisationen oder von sonstigen Initiativen, sind ein sehr wichtiger und für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendiger und nicht wegzudenkender Grundstein. Vereine in ganz Bayern gestalten und organisieren jahrein, jahraus ehrenamtlich eine Vielzahl an Festen und Feiern. Dies stellt eine Bereicherung für alle Bürgerinnen und Bürger im Freistaat dar. Für diese Vereine, die sich dadurch nicht bereichern und gleichzeitig Herausragendes leisten, ist es ein erheblicher finanzieller und bürokratischer Mehraufwand, wenn sie für jedes Fest eine separate GEMA-Abrechnung erstellen und begleichen müssen. Diese zusätzlich ehrenamtlich organisierten Veranstaltungen sollten mit möglichst geringen GEMA-Abgaben belastet werden. Zudem ist auch der anfallende Verwaltungsaufwand für die Abrechnung mit der GEMA zu bedenken. Aus Sicht der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gilt es diese Form des ehrenamtlichen Engagements sowohl finanziell als auch im Rahmen des Bürokratieabbaus zielgerichtet zu entlasten. Im Vordergrund stehen dabei weniger allgemeine Änderungen im System der GEMA. **Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dass Erleichterungen und unbürokratische Lösungen für Ehrenamtliche hinsichtlich der Nutzung von Musik bei gemeinnützigen, ehrenamtlichen Veranstaltungen in Bayern geschaffen werden.**

## 2. Haftungsrisiken und Datenschutz

Eines unserer Kernanliegen ist, den gesellschaftlich so wichtigen ehrenamtlich Tätigen den nötigen Freiraum und möglichst gute Rahmenbedingungen für ihr bürgerschaftliches Engagement zu bieten. **Als tragende Säule unserer Gesellschaft wollen wir für den gesamten Ehrenamtsbereich insbesondere in Krisenzeiten ausreichend Rechtssicherheit gewährleisten sowie administrative und bürokratische Hindernisse reduzieren.** Viele Vereine bekommen immer mehr Probleme, ehrenamtliche Vorstandsämter zu besetzen, da viele Menschen ein solches Amt wegen der zunehmenden Bürokratisierung der Vereinsarbeit und der drohenden Haftung bei Verstößen gegen gesetzliche Auflagen scheuen. **Wir wollen das Ehrenamt daher von möglichen Haftungsrisiken, beispielsweise für Vereinsvorsitzende, befreien.**

Zudem spielt Datenschutz auch im Ehrenamt eine immer größere Rolle. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stellt dabei einen wichtigen Baustein dar, um die individuellen Freiheitsrechte im digitalen Zeitalter zu schützen und ist gerade auch für das ehrenamtliche Engagement wichtig. Mit Blick auf die jeweiligen Auflagen, von denen gemeinnützige Vereine und Organisationen durch die DSGVO betroffen sind, setzen wir uns für praxistaugliche Lösungen ein. Vereinsaktive sollen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten und der Umsetzung datenschutzrechtlicher Vorgaben bestmöglich unterstützt werden.

### **3. Steuerrechtliche Erleichterungen**

Vereine sind grundsätzlich steuerpflichtig, lediglich Einnahmen im gemeinnützigen Bereich, wie zum Beispiel Spenden, Mitgliedsbeiträge, Erbschaften oder Fördermittel, müssen nicht versteuert werden. Alle Vereine, die laut Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, kirchliche oder mildtätige Zwecke verfolgen, sind grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit. Allerdings gilt diese Steuerbefreiung nicht für den Gewinn im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Vereins. Auf diesen können auch Ertragssteuern (Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer) anfallen. Ziel muss sein, die eigene Vereinsarbeit im Rahmen des Gemeinnützigkeitsrechts ohne übermäßige finanzielle Belastungen entsprechend (re-)finanzieren zu können. **Um den Vereinen mehr Flexibilität einzuräumen, wollen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion den steuerlichen Freibetrag für die Körperschaft- und Gewerbesteuer deutlich und regelmäßig erhöhen.**

### **III. Barrierefreies Ehrenamt**

Ehrenamt und freiwillige Arbeit für Menschen mit Behinderung machen Sinn und Freude. Allerdings setzen sich auch Menschen mit Behinderung aktiv für die Gesellschaft ein, zum Beispiel für ältere Menschen, Kinder oder Geflüchtete sowie im Naturschutz oder Vereinsleben. Grundsätzlich würden sich viele Menschen mit Behinderung gerne ehrenamtlich engagieren. Um ihnen das zu ermöglichen, brauchen Menschen mit Behinderung jedoch häufig Assistenz, die sie beispielsweise bei bestimmten Veranstaltungen begleitet. Dieser Bedarf wird gegenwärtig oftmals nicht finanziert. Wichtig ist, dass sich auch Menschen mit Behinderung gleichberechtigt ehrenamtlich engagieren können. Denn jeder persönliche Einsatz kann für das soziale Miteinander Großes bewirken und Engagement heißt, mitten in der Gesellschaft zu sein. **Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig bessere Zugänge zum Ehrenamt für Menschen mit Behinderung möglich gemacht werden.**

#### IV. Ehrenamt vor Ort stärken

Das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern“ (LBE) agiert mit seinen bayernweiten Zusammenschlüssen von lokalen und regionalen Infrastruktureinrichtungen als Netzwerk selbständiger Partner, die sich die Verbreitung und Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements im Freistaat zum Ziel setzen. Zum einen wird dabei für angemessene politische Rahmenbedingungen und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements eingetreten, die öffentliche Darstellung und Werbung für das Bürgerschaftliche Engagement unterstützt sowie geholfen, die Strukturen der Anerkennung und Einsatzmöglichkeiten für freiwillige Tätigkeiten zu verbessern. Zum anderen wird ein fachlicher Austausch und die politische Diskussion über Entwicklungen, Chancen und Probleme des Bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft ermöglicht. Insbesondere die **„Anlaufstellen für Bildung und Bürgerschaftliches Engagement in Bayern“** informieren über ehrenamtliche Bildungsbegleitung in der jeweiligen Region, qualifizieren Freiwillige, die Kinder und Jugendliche auf dem Bildungsweg unterstützen, vermitteln Kontakte zwischen Schulen und Freiwilligen oder beraten Schulen bei der Umsetzung von sogenanntem „Lernen durch Engagement“. **Wir werden uns deshalb auch weiterhin für eine Sicherung der Anlaufstellen samt Koordinationsstelle bzw. weitere Stärkung der regionalen, bereits vorhandenen ehrenamtlichen Ansprechpartner vor Ort starkmachen.**

Darüber hinaus setzt sich die „lagfa bayern e.V.“ als Zusammenschluss der rund 120 Freiwilligenagenturen (FA), Freiwilligenzentren (FZ) und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement (KoBE) in Bayern aktiv für die Förderung des freiwilligen Engagements in Bayern ein. Im Vordergrund steht dabei die flächendeckende Stärkung und Weiterentwicklung der lokalen FA, FZ und KoBE. Im Zuge dessen engagiert sich die „lagfa bayern e.V.“ auf Landesebene für verbesserte Rahmenbedingungen des Bürgerschaftlichen Engagements, fördert, qualifiziert, berät und informiert ihre Mitgliedseinrichtungen sowie Freiwillige in Bayern und kooperiert mit Staat, Wirtschaft und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein wesentlicher Bestandteil stellt für uns die Weiterentwicklung der bestehenden Einrichtungen zu Zentren für lokales Freiwilligenmanagement dar. Das Hauptaugenmerk der lokalen Standorte wird dabei im Rahmen der Engagementförderung auf die Bereiche Digitalisierung, Unternehmenskooperation und Förderung von Bevölkerungsgruppen, die im Engagement unterrepräsentiert sind, gelegt. **Aus diesem Grund wollen wir FA, FZ und KoBE in ihrer Funktion als Ansprechpartner für das bürgerschaftliche Engagement vor Ort zeitgemäß und nachhaltig stärken, um die aktuellen Herausforderungen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten besser meistern zu können.**

## RESOLUTION WINTERKLAUSUR 2023

Stand 12.01.2023

# Zuwanderung vernünftig regeln

## I. Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung vor Ort unterstützen

Die internationalen Krisen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass zahlreiche Menschen ihre Heimatländer verlassen haben und zu uns kommen. Nach Schätzungen des UNHCR wird die Zahl der durch Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen vertriebenen Menschen Ende 2021 auf 89,3 Millionen geschätzt. Insbesondere der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat zu einer weiteren, erheblichen **Fluchtbewegung** geführt, so dass die Zahl der weltweit Vertriebenen zwischenzeitlich auf 100 Millionen Menschen angestiegen ist.

Im Jahr 2022 haben knapp 218.000 Asylsuchende erstmalig einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das sind zwar weit weniger als in den Jahren 2014 und 2015, dazu kommen aber ca. eine Million Menschen, die aufgrund des Ukrainekrieges Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Das ist für unsere gesamte Gesellschaft, vor allem aber für die Kommunen und die Ehrenamtlichen vor Ort eine große **Herausforderung**.

Viele dieser Menschen haben bereits in Bayern Zuflucht gefunden bzw. werden dies in Zukunft noch tun. Als FREIE WÄHLER-Fraktion fordern wir eine vernünftige Flüchtlingspolitik ein und stehen konsequent zum Asylrecht und zu unserer **humanitären Verantwortung** gegenüber diesen Menschen. Dies zeigt nicht zuletzt auch die große **Hilfsbereitschaft** der bayerischen Bürger und Bürgerinnen. Den vielen ehrenamtlich engagierten Menschen in Bayern gilt ebenso wie unseren Kommunen unser besonderer Dank. Wir dürfen unser Land aber auch nicht überfordern.

Denn insbesondere unsere **Kommunen tragen die Hauptlast** bei der Unterbringung und Versorgung der zu uns kommenden Menschen. Ihnen kommt auch eine Schlüsselrolle bei der Integration von Migranten und Migrantinnen zu. Wir wollen daher sicherstellen, dass die Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung der zu uns kommenden Menschen die notwendige Unterstützung erfahren. Eine Überlastung und Überforderung, wie sie sich im Jahre 2015 gezeigt hat, gilt es insbesondere auch durch

eine **gerechtere Verteilung** innerhalb der Europäischen Union und einen **wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen** zu vermeiden.

Wir fordern den Bund auf, mehr Verantwortung zu übernehmen und zusätzliche Unterkünfte für die ankommenden Menschen zu schaffen. Gerade bei der **Unterbringung** haben viele Kommunen angesichts der stetig steigenden Zugangszahlen ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Gleichzeitig fordern wir den Bund auf, seiner **finanziellen Verantwortung** gegenüber den Kommunen angemessen nachzukommen. Die hierzu seitens des Bundes versprochenen Mittel werden bei Weitem nicht ausreichen und müssen deutlich erhöht werden.

Zudem stellen wir fest, dass es ein gravierender **Fehler** des Bundes war, alle Schutzsuchenden aus der Ukraine unmittelbar den Weg zu **Arbeitslosengeld II und Grundsicherung** zu eröffnen. Wir fordern den Bund daher auf, Schutzsuchende aus der Ukraine hinsichtlich der Sozialleistungen gleich zu behandeln wie Asylsuchende.

## **II. Zuwanderung als Chance gegen den Fachkräftemangel**

In unserer heimischen Wirtschaft gibt es derzeit kaum eine Branche, die nicht händelringend nach Arbeitskräften sucht. Ob Handwerk, Bildung oder Pflege – es fehlen derzeit überall Arbeitskräfte. So konnten nach einer jüngsten Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) mehr als die Hälfte der befragten 22.000 Unternehmen (53 Prozent) offene Stellen im Jahre 2022 nicht besetzen. Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Um künftig qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, müssen wir alle vorhandenen Potentiale im In- und Ausland nutzen. Eine qualifizierte Zuwanderung stellt insoweit auch eine große Chance dar. Zuwanderer müssen konsequenter als bisher in Lohn und Arbeit gebracht werden. Wir bleiben aber auch dabei, dass **Straftäter und Gefährder** konsequent abgeschoben werden müssen. Ebenso wollen wir erreichen, dass Geflüchteten, die sich an unsere Regeln halten, die Sprache lernen und arbeiten möchten, unkompliziert **ein Weg zu Ausbildung und Arbeit** ermöglicht wird. Angesichts des Fachkräftemangels wäre es widersprüchlich, diese Menschen zurückzuschicken und zugleich händelringend Fachkräfte im Ausland anzuwerben.

### III. Integration vor Einbürgerung

Die Anstrengungen zur Integration von Menschen mit Bleibeperspektive müssen verstärkt werden. Insbesondere sind **Bildung und Spracherwerb** neben dem schon genannten schnellstmöglichen **Zugang zur Arbeit** die wichtigsten Bausteine gelungener Integration. Wir müssen insoweit für Angebote für alle sorgen.

Die von der Bundesregierung angekündigte **Reform des Einbürgerungsrechts lehnen wir hingegen ab**. Die Staatsangehörigkeit stellt das rechtliche Band dar, das den Bürger mit seinem Staat verbindet. Integration ist ein Prozess, in dem aufnehmende Gesellschaft und Einwanderer zusammenwirken müssen, damit er gelingt. Integration setzt dabei Spracherwerb, Kenntnis und Identifikation mit unserer Rechtsordnung und Kultur, der Einbindung in den Bildungs- und Arbeitsmarkt sowie die soziale Einbindung im Alltag voraus. Die deutsche **Staatsangehörigkeit ist kein Geschenk** für fünf Jahre legalen Aufenthalt, sondern der Erwerb der Staatsangehörigkeit und damit die Einbürgerung steht für uns **am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses** und nicht an dessen Anfang.